

Graz, am 11. April 2014

Stellungnahme des Landesjugendbeirats zum aktuellen Antrag „Streichung der Projektförderung parteipolitischer Jugendorganisationen“ der FPÖ Steiermark

Allgemein ist festzuhalten, dass die steirische Jugendförderung das Ziel verfolgt, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen Menschen zu erziehen und zur verantwortungsvollen Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.

Somit haben insbesondere verbandliche organisierte Jugendvereine aufgrund der hohen Selbstorganisation Jugendlicher und der demokratischen Strukturen eine besonders große Wirkung, dieses Ziel zu erreichen.

Politische Jugendorganisationen sollten in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit und der damit verbundenen Forderung zur Förderung der „politischen Bildung“ somit aus unserer Sicht einen wichtigen gesellschaftlichen Stellenwert einnehmen. In diesen Organisationen lernen Jugendliche politische sowie demokratische Vorgänge in der Praxis kennen.

Gerade bei Projektförderungen sind die Förderkriterien des Landes Steiermark sowie zusätzliche vereinbarte Qualitätskriterien innerhalb des Landesjugendbeirates ein gutes Steuerungsinstrument, um Wahlwerbung oder Propaganda im Interesse der Mutterparteien zu unterbinden und stattdessen qualitativ hochwertige Projekte im Interesse der Allgemeinheit umzusetzen.

Eine Analyse der durchgeführten Projekte der politischen Jugendorganisationen in den vergangenen Jahren bestätigt die Tatsache, dass diese Projekte durchwegs zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen wie beispielsweise „diversity“, „gender mainstreaming“, „Werteorientierung“, „Selbstbestimmung“, „Demokratie“, ... umgesetzt wurden.

Eine Streichung von Projekt-Förderungen parteipolitischer Jugendorganisationen ist somit kontraproduktiv und definitiv ein falsches Signal in Hinblick auf die Demokratieförderung im Speziellen und Jugendförderung im Allgemeinen.

JEDE Investition in die verbandliche Jugendarbeit STÄRKT die Zukunft der Jugend!

Diese Stellungnahme wurde in der Vorstandssitzung vom 10. April 2014 vom Vorstand des Landesjugendbeirates einstimmig beschlossen.